Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 13

Artikel: Rumäniens Sonderweg im Ostblock

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076670

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rumäniens Sonderweg im Ostblock

Rumäniens Sonderstellung im Ostblock beginnt sich nachgerade zu einem Konflikt auszuweiten. Das Land, welches intern — wenigstens bis vor ganz kurzer Zeit — trotz der Liberalisierungswelle in Osteuropa die alte Parteidisziplin strikte und diktatorisch aufrechterhalten hat, zeigt auf staatlichem Gebiet die weitaus auffälligste Unbotmässigkeit. Es trotzt Chruschtschew und seiner europäischen Wirtschaftsorganisation, dem Comecon. Es will seine Wirtschaft nach eigenen Plänen aufbauen, vorzugsweise mit westlicher Hilfe. Es bemüht sich um Aufnahme in westliche Organisationen (Gatt). In der sino-sowjetischen Auseinandersetzung verhält es sich neutral.

Der letzte Schrei in dieser Entwicklung war ein Schrei der Empörung: Die rumänische Zeitschrift «Viata Economica» entrüstete sich in wilden Worten über die Publikation eines «sowjetischen Planes», Rumänien über zwei Fünftel seines Territoriums wegzunehmen und mit kleineren Teilen Bulgariens und Sowjetisch-Bessarabiens zu einem Industriegebiet unter Comecon-Aufsicht im Bereich der untern Donau und des Schwarzen Meers auszubauen. Nun war der Plan des sowjetischen Professors E. B. Walew auf Bildung einer solchen Zone mit 100 000 Quadratkilometern rumänischen, 38 000 Quadratkilometern bulgarischen und 12 000 Quadratkilometern sowjetischen Territoriums gewiss akademisch gemeint. Seiner Verwirklichung in naher Zukunft stünde ziemlich alles entgegen, und der Comecon verfügte bei all seinen branchenmässigen Koordinationsstellen in den Mitgliedstaaten über gar keine Organisation, die eine territoriale Verwaltung übernehmen könnte. Nichtsdestoweniger reagierte das Organ der Rumänischen Akademie der Wissenschaften mit äusserster polemischer Heftigkeit: *Dieser Plan* stellt mehr dar, als den blossen Versuch zur Beschneidung der nationalen Souveränität eines sozialistischen Staates, mehr als direkte Einmischung in unsere innern Angelegenheiten und mehr als ein widerliches Schema, Rumänien seiner Werte nationaler Unabhängigkeit zu berauben: Der Plan bezweckt, Rumäniens territoriale Integrität zu verletzen und seine nationale Einheit zu liquidieren.»

Eine «Unabhängigkeitserklärung»

Zu diesem Tonfall haben sich die Unstimmigkeiten entwickelt, die seit 1963 offenbar wurden. Damals scheiterte ein sowjetischer Plan einer festgelegten Arbeitsteilung zwischen den Comecon-Staaten (wobei Rumänien in erster Linie als Agrarland und Absatzmarkt für die Industrieländer figurieren sollte) am rumänischen Widerstand. In der Folge hielt das Seilziehen zwischen Bukarest und Moskau an, ohne dass es zu dramatischen Schritten kam. Auffällig blieb in dieser ganzen Periode die neutrale Haltung Rumäniens im sino-sowjetischen Streit.

Die eigentliche Unterlage für den rumänischen Sonderweg aber bildete erst diesen Frühling das Communiqué über die April-Tagung des Zentralkomitees. Die Veröffentlichung des Textes am 26. April liess erkennen, dass Parteichef Gheorghiu-Dej weiterhin im Konflikt zwischen Moskau und Peking nicht Stellung nehmen werde. Zwar sicherte das ZK dem sowjetischen Standpunkt seine Sympathie zu, wollte aber nicht an der Polemik teilnehmen, eine Haltung, die auch allen andern Parteien empfohlen wurde.

Aber nicht nur zu dieser Frage, sondern auch zur Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern, vornehmlich innerhalb des Comecon, enthält das Communiqué Feststellungen grundsätzlichen Charakters, die es nachgerade zur Bedeutung eines historischen Dokuments emporheben. Es erweckt den Eindruck, als benützten seine Autoren die Stellungnahme zum sowjetisch-chinesischen Konflikt, dessen ideologische Seite sie geflissentlich übersehen, als Anlass zu einer Darlegung über die Prinzipien der Souveränität jedes sozialistischen Staates und der Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern und Parteien. Indem das Schriftstück der Grundsätzlichkeit der ideologischen Materie ausweicht und sich statt dessen über die Grundsätze zwischenstaatlicher und zwischenparteilicher Beziehungen auslässt, befolgt es selbst das Prinzip, das es als das höchste postuliert: die Souveränität jedes sozialistischen Staates und jeder sozialistischen Partei.

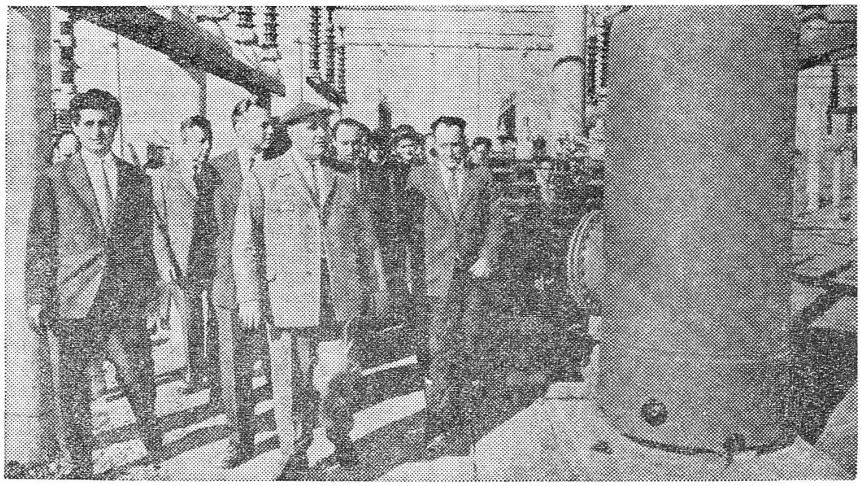
Absage an wirtschaftliche Integration

Die Rumänen haben nun unmissverständlich gesagt, dass sie für sich jeglichen Satellitenstatus ablehnen. In Sachen Comecon werden sie sich nur zur «breitesten und flexibelsten Form der Zusammenarbeit» bereitfinden. Kategorisch lehnt das Regime eine übernationale Behörde und Autorität als Preis für die Mitgliedschaft im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) ab. Auch bilaterale Vereinbarungen, so zum Beispiel gemeinsame Produktionsunternehmen (wie kürzlich zwischen Ungarn und Bulgarien abgesprochen) und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit, werden abgelehnt, denn selbst diese tasten nach Auffassung der Rumänen die Unteilbarkeit nationaler Planung und damit das Herzstück der nationalen Souveränität an: Die geplante Leitung der nationalen Wirtschaft», so wird festgestellt, «ist eine der fundamentalen, wesentlichen und unveräusserlichen Eigenschaften der Souveränität des sozialistischen Staates ... das Ueberlassen solcher (wirtschaftlicher) Hebel an die Kompetenz über- oder ausserstaatlicher Körperschaften würde die Souveränität in einen inhaltsleeren Begriff verwandeln.» Im übrigen lasse die Eile, mit der einige Länder den Multilateralismus förderten, eine Fehlinterpretation Lenins erkennen. Diese Länder hätten übersehen, dass Lenin eine überstaatliche Gesamtwirtschaft erst für die Zeit befürwortet habe, da «der Sozialismus in der ganzen Welt gesiegt hat». Die Rumänen setzen hinzu: «Unterschiede der Nationen und Staaten werden noch lange nach dem Weltsieg des Proletariats bestehen.»

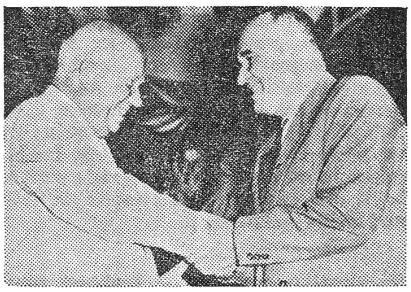
«Jede marxistisch-leninistische Partei, jeder sozialistische Staat» hat, gemäss dem Bukarester Zentralkomitee, «das souveräne Recht, die Formen und Methoden des sozialistischen Aufbaus auszuarbeiten, zu wählen oder zu ändern.» Dazu gehöre auch, dass jedes Mitglied der kommunistischen Staatengemeinschaft seine wirtschaftlichen Verbindungen «mit allen Staaten, ungeachtet ihres sozialen Systems», pflege, denn «die sozialistische internationale Arbeitsteilung darf nicht die Isolierung der sozialistischen Länder von der allgemeinen Weltwirtschaft zur Folge haben».

Rumänien ist somit fest entschlossen, sich zumindest in seine Wirtschaft und deren Aufbau nicht dreinreden zu lassen. Es lehnt jede Bevormundung strikt ab. Wie weit seine Renitenz geht, liess sich erst kürzlich bemerken, als es nicht einmal davor zurückscheute, den Comecon offen zu brüskieren. Zur letzten Sitzung des Exekutivkomitees, die in der zweiten Märzhälfte in Moskau stattfand, entsandte es nicht seinen ständigen Vertreter, den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Alexandru Birladeanu, sondern einen Beamten niedrigeren Ranges.

Betrachtet man das Communiqué über die Beratungen zur Frage «der Einheit des sozialistischen Lagers» im ganzen, so drängt sich wohl der Schluss auf, dass der Himmel, vom rumänischen Standpunkt aus gesehen, gar nichts Günstigeres schicken konnte, als den Konflikt zwischen China und der Sowjetunion, der Chruschtschew zwingt, seine europäischen Satelliten an der langen Leine zu führen. Die Rumänen zeigen sich augenscheinlich gewillt, diesen Umstand weidlich auszunutzen.



Gheorghiu-Dej besichtigt Anlagen der Schwerindustrie, die ihm so sehr am Herzen liegt. Mit seiner Arbeitermütze will er an seine echt proletarische Herkunft erinnern.



Chruschtschew und Gheorghiu-Dej 1960, als noch keine Missstimmung über das Comecon an die Oberfläche gekommen war.

Der Radiokrieg

Im Mai und Juni dieses Jahres ging Rumänien demonstrativ daran, sein unabhängiges Programm unter Beweis zu stellen. Die Verhandlungen mit den USA fanden statt, die mit einem Abkommen über erweiterte Kultur- und Handelsbeziehungen endeten. Es erfolgte die Bewerbung zum allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und das Marschieren mit den Entwicklungsländern an der Genfer Welthandelskonferenz, das in Afrika besondere Aufmerksamkeit erregte (siehe Seite 7). Gleichzeitig zeichnete sich die erste öffentliche Polemik zwischen Bukarest und Moskau ab. Sie nahm die Form eines «Radiokrieges».

Am 30. Mai griff Radio Moskau in einer ziemlich direkten Sendung in rumänischer Sprache die «Gegner der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten» an und erklärte, diese wendeten sich jetzt an den Westen mit der Bitte um technische Unterstützung, was aber wertvolle Devisen koste.

Am 5. Juni schliesslich antwortete Bukarest auf die Moskauer Vorwürfe. Die Rumänen warfen Radio Moskau vor, in seinen Sendungen in rumänischer Sprache, die Zuhörer «falsch zu informieren» und fragten spöttisch, wen denn Moskau eigentlich wegen seines Handels mit dem Westen kritisiere. Etwa Polen oder die CSSR, deren Warenaustausch mit dem kapitalistischen Westen wesentlich grösser sei als der Rumäniens? Und ob der Kommentator von Radio Moskau vielleicht schon einmal etwas davon gehört habe, dass ja Chruschtschew selber für eine Intensivierung des West—Ost-Handels sei.

Angesichts dieser Tatsache zog es Moskau vor, sich zurückzuziehen. In Sendungen für Polen und Ungarn lobte Radio Moskau den Stand der rumänischen Wirtschaft, betonte freilich daneben nachdrücklich die Tatsache, dass dies nur durch die Hilfe der anderen kommunistischen Länder möglich gewesen sei.

In einer Inlandsendung hiess es zu Handen der eigenen Bevölkerung, es gebe zurzeit innerhalb des Comecon scharfe Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft der Organisation. Dies sei aber ein ganz natürlicher Vorgang.

Und am 10. Juni überhäufte Radio Moskau die Rumänen geradezu mit Lob. In der Sendung, die in rumänischer Sprache ausgestrahlt wurde, hiess es, innerhalb der letzten 15 Jahre habe die gesamte industrielle Produktion des Landes um das Achtfache zugenommen. Auch auf dem Gebiete des Maschinenbaus und der chemischen Industrie sei in den vergangenen 15 Jahren eine Produktionssteigerung um das Achtfache zu verzeichnen gewesen. Rumänien stand gerechtfertigt da.

Nationalismus und Wirtschaft

Der in letzter Zeit so heftig entfachte Nationalismus kann und muss wahrscheinlich schon für sich allein als wichtige Triebfeder im rumänischen Sondergang betrachtet werden. Als wirtschaftliches Programm — Aufbau einer eigenen Industriemacht mit westlicher Hilfe — hat es schon gewisse Früchte getragen.

Wie aus UNO-Angaben hervorgeht, ist das Nationaleinkommen im vergangenen Jahr um sieben Prozent gestiegen. Damit übertrifft Rumänien alle anderen Ostblockstaaten. Laut rumänischer Darstellung stieg die Industrieproduktion in den ersten drei Jahren des Sechsjahresplanes (1961 bis 1966) um insgesamt 74 Prozent. Die durchschnittliche jährliche Steigerung betrug 15 Prozent. Der Plan hatte lediglich eine Steigerung von 13 Prozent vorgesehen. Die Schlüsselindustrien, wie die chemische Industrie oder die Schwerindustrie, hatten ebenfalls eindrucksvolle Produktionssteigerungen zu verzeichnen, und auch die Arbeitsproduktivität konnte erhöht werden.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der traditionellen Achillesferse der kommunistischen Staaten, waren die Ergebnisse nicht so gut. Aber im vergangenen Jahr ist es der rumänischen Landwirtschaft immerhin gelungen, so viel Getreide zu ernten, dass 400 000 Tonnen in die UdSSR exportiert werden konnten, während alle anderen Ostblockstaaten Getreide aufkaufen mussten.

Zurzeit befinden sich zwei grosse Industrieprojekte in Bau. Bei dem einen handelt es sich um das riesige Stahlwerk bei Galati, das mit sowjetischer Hilfe, die häufig allerdings sehr ungewiss war, und westlichen Maschinen errichtet wird. Das zweite ist ein Unternehmen, das schon mehr praktische Bedeutung hat. Es handelt sich um den, zusammen mit Jugoslawien betriebenen Ausbau des sogenannten Eisernen Tores an der Donau, wo ein riesiges Kraftwerk entstehen wird. Es gibt gewisse Anzeichen dafür, dass es die Rumänen nicht ungern sähen, wenn der Westen sie dabei unterstützen würde.

Die Summen, die in den Ausbau der Industrie gesteckt werden mussten, liessen praktisch keine Verbesserung der Konsumgüterproduktion zu. Während im vergangenen Jahr die Produktion der Schwerindustrie grösser war als im Plan vorgesehen, blieb die Konsumgüterproduktion hinter dem Soll zurück.

Das Nationaleinkommen stieg um ungefähr sieben Prozent, das Einkommen der Bevölkerung aber nur um 4,6 Prozent. Im Juli waren die Fleischpreise um ungefähr 50 Prozent erhöht worden.

Eine wirtschaftliche Trumpfkarte gegenüber der Sowjetunion hat Rumänien in seinen eigenen Oelfeldern, so dass es auf sowjetische Importe nicht angewiesen ist. Es hat vielmehr seine Exporte an Oelprodukten gesteigert, und zwar ausgerechnet an China.

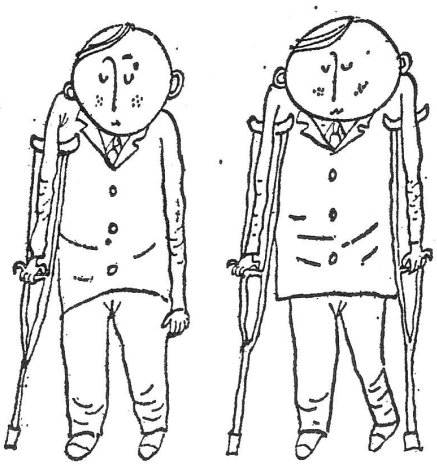
Beginnt die interne Liberalisierung?

Von einer Lockerung der Zügel im eigenen Land war bis vor kurzem kaum etwas zu merken. Im Gegenteil schien die straffe Führung der Partei gerade zu erlauben, ihren eigenwilligen Kurs durchzuführen. Jetzt hat man aber die Freilassung von 2500 politischen Gefangenen bekanntgegeben, denen die übrigen folgen sollen.

Die einzige sonstige Liberalisierung von ernsthaftem Ausmass betrifft den Westtourismus, der ab 15. Juni dieses Jahres wesentlich erleichtert wurde. Eine Kulturdiskussion hatte sich im März beim nationalen Schriftstellerkongress angebahnt, verlief aber anscheinend bisher im Sande. Es bleibt abzuwarten, wie weit sich die vermehrten Westkontakte intern auswirken werden.

Karikaturen aus Jugoslawien und Polen

«Wir haben im Betrieb das Sparen eingeführt. Jetzt steht nur noch ein Apparat für Privatgespräche zur Verfügung.» («Oslobodenje», Sarajewo.)



Firmenzusammenlegung. Vorher (links) und nachher (rechts).

Der polnische Kongress hat sich auch mit der wirtschaftlichen Lage des Landes zu befassen, an der manches zu reparieren ist. Wie es mit den Reparaturen stehen kann, zeigt die Karikatur der satirischen Zeitschrift «Szpilki», Warschau.